



Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 AMS-Zweigstelle
- 0 Nachtragvoranschlag 2018
- 0 Kronprinz Rudolf Bahn
- 0 Airpower 2013

NACHRICHTEN

Informationsblatt der steirischen KPÖ Österreichische Post AG/Postentgelt bar bezahlt RM 18A041515 E AufgabePA: 8720

Verteuerung bei Taxifahrten: KPÖ für Anhebung des Gemeindegzuschusses

Durch eine Verordnung des Landes wurde ab 1. Juli in der Steiermark ein einheitlicher Taxitarif eingeführt. Das hat die Taxifahrten in Knittelfeld zum Teil empfindlich verteuert.

Früher gehörte Knittelfeld zur „tarif-freien Zone“. Die Taxiunternehmen konnten ihre Preise frei gestalten. So hat sich für eine Stadtfahrt der Preis von sechs Euro eingependelt.

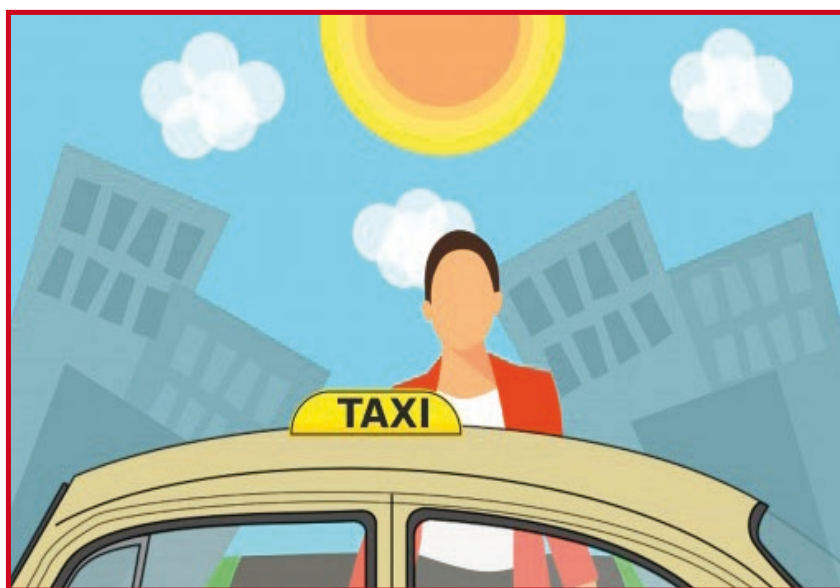
Nun gilt die Taxometerpflicht. Alle Fahrten werden aufgezeichnet und genau abgerechnet. Der Grundpreis für jede Taxifahrt beträgt vier Euro. Bei Fahrten bis zu 5.000 Meter kommen für jeden Kilometer tagsüber zwei Euro hinzu, ab 5.000 Meter sind es 1,90 Euro.

Hin- und Rückfahrt: 26 Euro

Das bedeutet, eine Taxifahrt von einem Kilometer kostet nun tagsüber sechs Euro. Ein Kilometer ist nicht viel. Wer also mehr als einen Kilometer mit dem Taxi fährt, für den ist die Fahrt gegenüber früher teurer. Die neue Regelung bedeutet in manchen Fällen sogar eine massive Verteuerung. So kostet nun die Hin- und Rückfahrt von der Neustadt zu einem Osteopathen in Apfelberg 26 (!) Euro.

Viele Menschen fahren nun nur mehr eine Strecke mit dem Taxi und lassen sich für die Rückfahrt von Verwandten oder Bekannten abholen. Das bedeutet aber immer jemanden bitten zu müssen. Das ist eine Belastung und bedeutet neue Abhängigkeiten.

Die Gemeinde gibt Sechs-Euro-Taxi-Gutscheine in begrenzter Anzahl verbilligt ab. Für einen Gutschein bezahlt man 5,50 Euro. Menschen mit einer Mindest-



pension und Jugendliche bekommen den Gutschein um vier Euro. Die Differenz wird von der Gemeinde getragen. Früher konnte man mit einem Gutschein eine Fahrt begleichen. Nun ist dieser Taxigutschein nur mehr ein Gutschein im Wert von sechs Euro.

Ein höherer Zuschuss der Gemeinde würde die Taxifahrten verbilligen

Taxis werden vor allem von älteren oder behinderten Menschen genutzt. Angesichts der Verteuerung der Taxifahrten hat KPÖ-STR. Renate Pacher im Sozialausschuss und im Gemeinderat angeregt, die Gemeinde solle ihren Zuschuss zu den Taxigutscheinen zumindest für Menschen mit geringem Einkommen oder Menschen mit einer Behinderung anheben. Damit würden die Taxifahrten für diesen Personenkreis billiger. Unser Vorschlag wird im Finanzausschuss geprüft. Wir hoffen auf eine positive Erledigung.

**Einladung zum
KPÖ-Stammtisch**

Reden, diskutieren, sich informieren
Jeden 1. und 3. Mittwoch
im Monat
KPÖ-Parteiheim,
Friedensstraße 10, ab 17.00 Uhr

Mi. 7. Nov.:
Was bedeuten die
Regierungspläne für
Sozialversicherungen
und Krankenkassen?

AMS-Zusammenlegung:

Erwachsene nach Judenburg, Jugendliche nach Knittelfeld

Es gibt Pläne die beiden AMS-Standorte Knittelfeld und Judenburg zusammenzulegen. Judenburg ist als Hauptstandort vorgesehen, Knittelfeld soll nur mehr eine Zweigstelle sein. Die Betreuung von Jugendlichen soll künftig in Knittelfeld erfolgen. Alle Angelegenheiten, die Erwachsene betreffen, sollen künftig in Judenburg behandelt werden.

Werden diese Pläne umgesetzt, müssen künftig alle arbeitslosen Erwachsenen des Bezirks nach Judenburg fahren, alle Jugendlichen nach Knittelfeld. Das wäre für beide Gruppen eine Belastung. Arbeitslose Menschen stehen ohnehin unter Druck und müssen mit deutlich weniger Einkommen auskommen. Nun sollen ihnen auch längere Fahrten zugemutet werden.

Nachdem die Zahl der erwachsenen arbeitslosen Menschen höher ist als jene der Jugendlichen, werden wohl auch Knittelfelder AMS-Beschäftigte nach Judenburg abwandern. Diese Pläne bedeuten eine Verschlechterung für arbeitslose Menschen und sie bedeuten eine Schwächung von Knittelfeld. Außerdem entsteht dadurch mehr Verkehr, was in Zeiten des Kli-



AMS Knittelfeld künftig nur mehr Zweigstelle von Judenburg?

mawandels zu vermeiden ist. Es müsste alles getan werden um diese Pläne abzuwenden.

Deshalb haben wir dieses Thema in der letzten Gemeinderatssitzung zur Sprache gebracht. Auf unsere Anfrage berichtete der Bürgermeister, dass er bald ein Gespräch mit der AMS-Führung haben werde. Man werde alles tun damit es nicht zu dieser Zusammenlegung kommt, denn es sei Schwachsinn arbeitslose KnittelfelderInnen nach Judenburg zu schicken.

Unter ÖVP/FPÖ Regierung weniger Mittel für das AMS

Diese Pläne kommen aber nicht zufällig. Die ÖVP/FPÖ Regierung hat die Mittel für das AMS stark gekürzt. Außerdem wurden die Beträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt. (Übrigens eine Maßnahme, die Menschen mit kleineren Einkommen nichts gebracht hat, da sie auch früher keine Beiträge bezahlt haben.) Diese Gelder fehlen dem AMS jetzt und deshalb wird nach Einsparungsmöglichkeiten gesucht.

Als negativer Faktor hat sich auch die Bezirkszusammenlegung von Knittelfeld und Judenburg erwiesen. Damit hat Knittelfeld an Bedeutung verloren. Einige Beispiele: Teile der Bezirkshauptmannschaft wurden nach Judenburg verlagert, das Bezirksgericht wurde aufgelassen, die Arbeiterkammer ist nach Zeltweg verlegt worden, die Wirtschaftskammer ging nach Judenburg. Nun droht das AMS Knittelfeld eine Zweigstelle zu werden, die möglicherweise später einmal ganz aufgelassen wird.

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

BINDER
WILLKOMMEN BEI UNS! GMBH

Schulgasse 11 / Ecke Parkstraße
A-8720 Knittelfeld
Tel.: 03512 / 820 25
office@binder-gmbh.at
www.binder-gmbh.at

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet.

**Unsere Internetadresse:
www.kpoe-steiermark.at**

KPÖ-StR. Renate Pacher ist auch auf Facebook

Kinderland Kinderfest



Auch heuer gab es wieder ein Kinderland- Kinderfest am Spielplatz in der Portniggstraße. Nach dem vielen Regen meinte es das Wetter gut mit uns.

Es gab viel Spaß und lustige Spiele. Groß war der Andrang bei der Tombola. Denn nach Beendigung der elf Spielstationen konnte sich jedes Kind ein Geschenk aussuchen.

Viele BesucherInnen bedauerten die Verkleinerung des Spielplatzes, die sich durch den Neubau von Wohnungen ergeben hat.

Kinderland-Knittelfeld bedankt sich bei allen MitarbeiterInnen, die es ermöglicht haben ein schönes Kinderfest zu veranstalten!

Wirtschaftsförderung für Leiharbeit?

In der letzten Gemeinderatssitzung wurden einige Wirtschaftsförderungen für Geschäfts- oder Firmenneueröffnungen beschlossen. Alle, bis auf eine Förderung, wurden einstimmig beschlossen. Die KPÖ hat die Förderung für die Employer Personaldienste GmbH abgelehnt.

Hier handelt es sich um eine Leiharbeitsfirma. Durch Leiharbeit entstehen Beschäftigte zweiter Klasse. LeiharbeiterInnen arbeiten im selben Betrieb, verrichten oft die gleiche Arbeit wie ihre KollegInnen und sind dennoch schlechter gestellt. Bei Auftragskrisen werden sie als erste entlassen. Leiharbeit ist ein Unrecht.

Die KPÖ ist für die Abschaffung von Leiharbeit. Wie das Wort „Wirtschaftsförderung“ besagt, soll damit etwas „gefördert“ werden. Wir meinen die öffentliche Hand sollte nur das fördern, was gesellschaftlich auch erwünscht ist, Leiharbeit zählt für uns nicht dazu.

Krisenwohnungen

Schon lange ist es uns ein Anliegen, dass in unserer Region einige Krisenwohnungen geschaffen werden. Gemeint sind Übergangswohnungen für Krisenfälle, wie z. B. Trennungen, familiäre Gewalt oder Delogierungen. Vor dem Sommer und auch in der letzten Sitzung des Gemeinderates hat KPÖ-GR Elvir Kujovic nachgefragt, was in dieser Sache geschehen sei.

Der Bürgermeister berichtet daraufhin, dass in der letzten Bürgermeisterkonferenz der Auftrag zu einer Konzepterstellung an die Bezirkshauptfrau ergangen sei. Es müsse eine regionale Lösung für dieses Problem gefunden werden. Offen sei auch noch welche Art von Betreuung nötig sei. Er werde das Thema wieder in die nächste Bürgermeisterkonferenz einbringen.

Wir - und vor allem die Betroffenen - warten schon lange auf Krisenwohnungen. Hoffentlich wird daraus nicht die „unendliche Geschichte“.

Aus dem Gemeinderat

Wann kommt das Schulkonzept?

Im Gemeinderat wurde beschlossen, die Benützungsvereinbarung mit der „Montessorischule im Aichfeld“ für die Räume in der ehemaligen Lindenallee-Volksschule wieder um ein Jahr zu verlängern.

Dieser Beschluss wiederholt sich seit vielen Jahren. Im Amtsvortrag steht jedesmal, dass eine längerfristige Vermietung nicht möglich sei, da die Ergebnisse des neuen Schulkonzeptes für die Knittelfelder Schulen abgewartet werden müssen.

Nachdem nun schon so lange vom Knittelfelder Schulkonzept die Rede ist, stellte KPÖ-GR Sonja Karimi die Frage, wann dieses nun endlich komme. Leider erhielten wir keine klare Antwort. In Spielberg und in Zeltweg wurden bereits umfangreiche Schulumbauten beschlossen. Es wäre wichtig bald zu klären, wie es mit den Knittelfelder Schulen weitergeht.

Kosten Hauptplatzumbau?

Öfters werden wir gefragt, was der Umbau des Hauptplatzes oder einzelne Teilbereiche kosten. Deshalb hat KPÖ-GR Sylvia Lammer den Bürgermeister ersucht, bis zur nächsten Gemeinderatssitzung eine Aufstellung aller bisherigen Kosten vorzulegen. Der Bürgermeister antwortet dies werde sicherlich kein Problem sein.

Knittelfelder

NACHRICHTEN

Herzlichen Dank

Einige KnittelfelderInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

Stolperfalle



KPÖ-GR Franz Moharitsch hat im Gemeinderat darauf hingewiesen, dass der neue Aufgang zur Sparkasse am Hauptplatz sehr ungünstig gestaltet wurde.

Der Eingang ist für RollstuhlfahrerInnen nur von einer Richtung aus befahrbar, und diese Richtung weist nicht auf den Hauptplatz. Vor allem aber ist der kleine Absatz auf der anderen Seite eine Stolperfalle. Er habe beobachtet, dass mehrere ältere Personen beim Verlassen der Sparkasse fast gestolpert wären.

Der Bürgermeister antwortete, man habe den Aufgang genau nach den Wünschen der Sparkasse gestaltet. Die Angelegenheit werde geprüft und gegebenenfalls mit der Sparkasse Kontakt aufgenommen.

Für die Valorisierung von Zuschüssen

In der letzten Gemeinderatssitzung wurde die Gewährung mehrerer Sozialleistungen beschlossen. Wie jedes Jahr wurden z.B. der Heizkostenzuschuss, die Energiekostenbeihilfe oder der Zuschuss zur Kindererholungshilfe genehmigt.

Die Höhe dieser Zuschüsse ist aber seit mehreren Jahren unverändert. ÖVP-Stadtrat Rene Jäger hat im Sozialausschuss angeregt, man solle doch die Sozialleistungen jedes Jahr nach dem Verbraucherpreisindex anheben.

Eine gute Idee, die wir sofort unterstützt haben. KPÖ-Stadträtin Renate Pacher hat auch im Gemeinderat eine solche automatische Erhöhung angeregt. Schließlich werden die Bezüger der PolitikerInnen laufend angehoben. Einige Knittelfelder Gebühren, wie z.B. der Wasser- und Kanalisationsbeitrag, werden jedes Jahr automatisch valorisiert. Warum soll die Höhe der Sozialleistungen nicht ebenfalls automatisch steigen?

SPÖ-Knittelfeld:

Kein Zuschuss an „Allerärmste“

Jedes Jahr wird von der Gemeinde ein Heizkostenzuschuss in der Höhe von 60 Euro an MindestpensionistInnen, BezieherInnen von Mindestsicherung oder REHA-Geld ausbezahlt. Für MindestpensionistInnen gibt es auch eine Energiekostenbeihilfe in der Höhe von 40 Euro. MindestsicherungsbezieherInnen sind von diesem Zuschuss ausdrücklich ausgenommen.

Sowohl MindestpensionistInnen, als auch MindestsicherungsbezieherInnen müssen mit einem sehr geringen Einkommen auskommen. Deshalb sollte man keinen Unterschied machen und eine Personengruppe bewußt von einer Sozialleistung ausschließen.

Die KPÖ hat den Antrag gestellt, dass die Energiekostenbeihilfe ab 2018 auch BezieherInnen von Mindestsicherung gewährt werden soll. Unser Antrag wurde von den anderen Parteien abgelehnt.

Die FPÖ macht Stimmung gegen die Mindestsicherung und versucht - wie immer - eine Gruppe gegen die andere auszuspielen. Damit wird davon abgelenkt, dass im Hintergrund viele Verschlechterungen für die arbeitenden Menschen zu Gunsten der Unternehmer auf Schiene gebracht werden.

Auf der SPÖ-Homepage finden sich viele klare Bekenntnisse zur Mindestsicherung. Die Kürzungspläne der ÖVP/FPÖ-Regierung werden heftig beklagt. So steht zu lesen: „Die Verschärfung der Mindestsicherung trifft die Allerärmsten mit voller Härte – aber auch uns alle als Gesellschaft. Denn wenn Menschen das Nötigste, was sie zum Leben brauchen, genommen wird, steht der soziale Friede auf dem Spiel.“

Im Knittelfelder Gemeinderat hat die SPÖ offenbar kein Problem damit, MindestsicherungsbezieherInnen schlechter zu stellen. Sie trifft damit - wie auf der SPÖ-Homepage nachzulesen - die „Allerärmsten“. Das ist wohl ein Kniefall vor der örtlichen FPÖ. Traurig, dass sich niemand von den SPÖ-GemeinderätInnen für unseren Antrag ausgesprochen hat.

P.S.: Die Umsetzung unseres Antrags würde rund 5.800 Euro kosten. Eine kleine Summe im Vergleich zu den Kosten des Hauptplatzumbaus.

mosshammergmbh 

Heizung Gas Ölfeuerung Installation Energietechnik Bäderplanung

8720 Knittelfeld Kärntnerstraße 82
T 035 12/862 17-0 F 035 12/862 17 74
E office@mosshammer.net
www.mosshammer.net

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Dienstag, 30. Oktober

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Nachtragsvoranschlag: Mehrausgaben für Haus der Vereine und Hauptplatz

Wenn sich im Lauf des Jahres die Einnahmen oder Ausgaben einer Gemeinde gegenüber dem beschlossenen Budget gravierend ändern muss der Gemeinderat einen Nachtragsvoranschlag beschließen. Das ist in Knittelfeld der Fall.

Die wesentlichsten Änderungen betreffen das Haus der Vereine und den Hauptplatzumbau. Für die Errichtung des Hauses der Vereine waren im Voranschlag 800.000 Euro eingeplant. Im Nachtragsvoranschlag 2018 werden nun rund 1,25 Mio. Euro veranschlagt.

Für den neuen Hauptplatz wurden zuerst rund 2,41 Mio. Euro eingeplant, nun sind es rund 2,49 Mio. Diese Summe ist für heuer eingeplant. Welche Kosten 2019 anfallen werden weiß der Gemeinderat nicht.

Die Einnahmen aus dem Verkauf der Anteile am Wegwarte-Pflegeheim mussten neu verbucht werden. Nach Bezahlung der Steuern werden rund 650.000 Euro übrigbleiben. Davon fließen rund 390.000 Euro in die Finanzierung des Hauses der Vereine.

Durch den Verkauf der Wegwarteanteile wurde die vollständige Privatisierung des Wegwarteheims ermöglicht. Die Gemeinde hat den sensiblen Bereich der Pflege nun endgültig einem Pflegegroßkonzern überlassen. ☞

Innerer Kredit für den Hauptplatz Warum keine Senkung der Wassergebühren?

Zur Finanzierung eines Teils des Hauptplatzumbaus wurde beschlossen 600.000 Euro aus der Wasserrücklage zu entnehmen. Das Geld soll binnen 15 Jahren wieder rückerstattet werden.

Obwohl die KPÖ gegen den kostspieligen Hauptplatzumbau ist, haben wir diesem „inneren Kredit“ zugestimmt. Denn es ist für die Gemeindefinanzen besser keinen Bankkredit aufzunehmen, sondern Vorhaben aus Rücklagen zu finanzieren.

Was uns aufgefallen ist: Nun werden 600.000 Euro aus der Rücklage der Wasserversorgung entnommen. Man plant eine 15-jährige Rückzahlungsfrist. Auf dem Rücklagenkonto der Wasserversorgung liegen also 600.000 Euro, von denen man annimmt, dass man sie in den nächsten 15 Jahren nicht brauchen wird. Anders hätte das innere Darlehen keinen Sinn.

Wenn so hohe Rücklagen für einen längeren Zeitraum nicht gebraucht werden, hätte man auch eine Senkung der Wassergebühren ins Auge fassen können. Leider blieb man uns im Gemeinderat auf unsere Frage, warum man keine Senkung der Wassergebühren vornimmt die Antwort schuldig.

.....
Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



Hauptplatzumbau: Heuer sind rund 2,5 Mio. Euro vorgesehen, wieviel 2019 hinzukommt ist offen.

☞ **Dass** die verschiedensten Großprojekte den Gemeindehaushalt stark belasten, sieht man daran, dass heuer rund 1,8 Millionen Euro von der Haushaltsrücklage entnommen wurden. Damit ist diese Rücklage auf rund 100.000 Euro zusammenschmolzen. Die KPÖ hat als einzige Fraktion dem Nachtragsvoranschlag nicht zugestimmt.

Hauptplatzumbau: Einstimmige Zustimmung?

Der Bürgermeister erklärt immer, dass die Auswahl des Siegerprojektes für die Hauptplatzgestaltung einstimmig erfolgt sei. Daraus leitet er ab, dass der Umbau von allen Gemeinderatsfraktionen mitgetragen werde. Das ist aber nicht der Fall.

Es stimmt, dass KPÖ-Stadträtin Renate Pacher beim Wettbewerb für das Siegerprojekt gestimmt hat. Gleichzeitig zur Abstimmung hat sie jedoch zu Protokoll gegeben, dass sie das Siegerprojekt als Vision für Knittelfeld sehe. Die Zustimmung der KPÖ zu diesem Projekt hänge aber von den Kosten ab. Einem kostspieligen Hauptplatzumbau werde die KPÖ nicht zustimmen - und das haben wir auch nicht getan.

Nachdem der Hauptplatzumbau im Gemeinderat öfter mit einem Autokauf verglichen wurde, bleiben auch wir bei diesem Beispiel: Wenn vier verschiedene Autos präsentiert werden, kann man ein Modell finden, das am besten gefällt. Aber kein vernünftiger Mensch wird das Auto sofort kaufen. Besonders wenn - trotz mehrmaliger Nachfrage - niemals gesagt wird, was das Auto kosten soll. Dasselbe gilt auch in Sachen Hauptplatzumbau.

**Raiffeisenbank
Aichfeld**



Förderungen Airpower 2013: Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt

Nächstes Jahr soll es wieder eine Air-Power-Veranstaltung geben. In den Medien wurde darüber berichtet und gejubelt. Worüber sehr wenig berichtet wurde ist, dass die Korruptionsstaatsanwaltschaft wegen der Vergabe von Fördergeldern für die Airpower 2013 gegen steirische Politiker und Spitzenbeamte ermittelt.

Der Rechnungshof übte bereits 2016 heftige Kritik: Das Land Steiermark hat ohne Rechtsgrundlage Förderungen für die Airpower vergeben. 800.000 Euro pro Veranstaltung, im Jahr 2016 waren es sogar 1,2 Mio. Euro. Nun hat die Korruptionsstaatsanwaltschaft ein Vorverfahren wegen des Verdachts auf Untreue gegen Verantwortliche in der Landespolitik eingeleitet.

Das kritisiert der Rechnungshof:

Es gab keine Ausschreibung und der Kostenrahmen wurde gesprengt. Seitens des Landes gab es keine Strategie und keine konkreten Förderziele. Es wurde nicht evaluiert, ob die eingesetzten Mittel für den Tourismus förderlich waren. Auf eine werbewirksame Darstellung der Steiermark wurde verzichtet. Die für eine Förderung nötigen Unterlagen, die jeder Förderungswerber vorlegen muss, wurden gar nicht eingefordert.

Für das Rahmenprogramm wurde keine Bewilligung nach dem Steiermärkischen Veranstaltungsgesetz beantragt – und das Land hat auch nicht dazu aufgefordert. Dadurch ersparte man sich die nach dem Gesetz nötigen Ordner-, Brandschutz-, Sanitäts- und Rettungsdienste, ebenso den Abschluss einer Haftpflichtversicherung.

Alle sind gleich - einige sind gleicher

Die Airpower bedeutet eine massive Lärm- und Umweltbelastung. Außerdem werden Kampfbomber, die in Syrien, Libyen und Afghanistan im Kampf eingesetzt werden, zur Belustigung der Menschen vorgeführt. Die Airpower ist eine mit Steuergeldern subventionierte Werbeshow für Rüstungsindustrie und Red Bull. Nun wurde auch noch das Recht gebeugt. Vorschriften, die für alle anderen Veranstaltungen gelten, wurden ignoriert. Es zeigt sich, wie richtig unsere Ablehnung dieser Flugshow und die Forderung „kein Steuergeld für die Airpower“ ist.

Aus dem Gemeinderat

Neue Feuerwehrfahrzeuge

Der Gemeinderat hat einen Grundsatzbeschluss zum Ankauf von zwei neuen Fahrzeugen samt Ausrüstung gefasst. Diese Anschaffungen werden von der FF-Knittelfeld und der FF-Apfelberg dringend benötigt.

Kreditaufnahmen

Für für Brandschutzmaßnahmen in den Schulen werden Kredite in der Höhe von rund 130.000 Euro aufgenommen. Für den Hauptplatzumbau sind es rund 360.000 Euro.

Alle Kreditaufnahmen wurden in einem Block abgestimmt. Wir wollten den Brandschutzmaßnahmen natürlich zustimmen, dem Kredit für den Hauptplatzumbau aber nicht. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, die Kreditvergaben getrennt abzustimmen. Unser Antrag wurde von SPÖ und FPÖ abgelehnt. Wir haben deshalb gegen die Kreditaufnahmen gestimmt.

Sozialversicherungen und Krankenkassen im Visier der Regierung

Nun wurde bekannt, wie die Zukunft der Sozialversicherungen aussehen soll. Was von ÖVP und FPÖ als Verwaltungsvereinfachung und Einsparung verkauft wird, ist in Wahrheit die weitreichendste sozialpolitische Umwälzung in der Geschichte der Zweiten Republik.

Es geht um Umfärbung und um die Aushöhlung der Selbstverwaltung. Rund 90% der Versicherungsbeiträge stammen aus den Beiträgen der ArbeiterInnen und Angestellten. Deshalb wurden die Gelder bisher logischerweise von VertreterInnen der Versicherten und ihrer Dienstgeber verwaltet. Hier geht es um riesige Summen, rund 60 Milliarden Euro im Jahr.

Nun greifen ÖVP und FPÖ massiv in diese Selbstverwaltung ein. Künftig soll ein Drittel der VertreterInnen von der Bundesregierung in die Kassen entsandt werden. So will sich die FPÖ neue Posten und die ÖVP noch mehr Einfluss auf die Gelder der Sozialversicherten verschaffen.

Die Sozialversicherungen sind der größte nicht gewinnorientierte Bereich in Österreich. Das ist Teilen von FPÖ und ÖVP schon lange ein Dorn im Auge. Langfristig geht es auch um Privatisierung. Privatspitäler, Versicherungs- und Gesundheitskonzerne haben schon lange ein Auge auf die Milliarden der Sozialversicherungen geworfen.

Bemerkenswert ist, dass Finanzminister Hartwig Löger aus der privaten „Zusatzversicherungs“-Branche kommt. Löger war vor seiner Laufbahn als Minister Vorstandsvorsitzender des Versicherungskonzerns UNIQA Österreich.

Eine Milliarde Euro sollen bei den Sozialversicherungen innerhalb von drei Jahren eingespart werden. Wer glaubt, dass diese Summe ohne Verschlechterungen für die Versicherten erzielt werden kann, wird wohl bald eines Schlechteren belehrt werden.

„Wenn die Regierung wirklich nur bei der Verwaltung und nicht bei den Leistungen sparen will, soll sie eine Garantie dafür abgeben.“

Deshalb fordern wir ein gesetzlich verankertes Verschlechterungsverbot!“

**Kurt Luttenberger,
Arbeiterkammerrat, GLB/KPÖ**

GLB-KPÖ

150 Jahre Kronprinz Rudolf Bahn

Vom 19. bis 21. Oktober feiert Knittelfeld das Jubiläum „150 Jahre Kronprinz Rudolf Bahn. Der Bau der Kronprinz Rudolf Bahn war der bedeutendste Impuls für die Entwicklung von Knittelfeld.

Der Bürgermeister der Stadt Steyer, Dr. Josef Kompaß, legte 1860 Kaiser Franz Josef ein Gesuch über den Bau und die wirtschaftlichen Vorteile einer neuen Bahnstrecke vor. Die Strecke sollte von St. Valentin bis Tarvis führen.

Der Bau wurde genehmigt. Im Jahr 1868 wurde das erste Teilstück, St. Valentin - Steyr, in Betrieb genommen. 1873 wurde das letzte Teilstück, Villach - Tarvis, eröffnet.

Der Bau und der Betrieb der neuen Bahnstrecke wurde als Privatbahn in Form einer Aktiengesellschaft geführt. Nach wirtschaftlichen Schwierigkeiten und einer Wirtschaftskrise wurde die Bahn unter Zwangsverwaltung gestellt und Ende 1884 verstaatlicht.

Der Knittelfelder Bürgermeister Karl Schwarz erwarb sich große Verdienste um den Bau der Kronprinz Rudolf Bahn. Er stellte Grundstücke zur Verfügung, die Ausbesserungswerkstätte wurde Knittelfeld zugeteilt. Das war für Knittelfeld von wesentlicher Bedeutung.

***Vor** der Errichtung der neuen Werkstätte war Knittelfeld neben Judenburg und Leoben eher unbedeutend. Knittelfeld hatte im Jahr 1850 nur rund 1.000 EinwohnerInnen, die in 160 Häusern lebten. Die BewohnerInnen lebten vor allem von Landwirtschaft und Handwerk. Die Eisenbahn brachte die Wende.

Mit jedem Jahr arbeiteten mehr Menschen in der Werkstätte. Im Jahr 1887 waren es bereits 727. Die Hauptwerkstätte, und die damit beginnende Industrialisierung brachte weitere Betriebsansiedlungen. Am wichtigsten war hier 1874 die Haardt'sche Metallwarenfabrik, die Vorläuferin der Austria Email.

Die rasche Zuwanderung, im Jahr 1900 hatte Knittelfeld bereits rund 8.000 EinwohnerInnen, brachte viele soziale Probleme mit sich. Wohnraum war knapp, die Arbeiter wurden lange Zeit nur in Verschlagen untergebracht. Der Zuzug vieler ausländischer Arbeitskräfte, vor allem aus Böhmen und der Krain (heute Slowenien) führte zu Spannungen mit den Einheimischen.

ArbeiterInnen galten nicht als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft. Dies und die niedrigen Löhne führten dazu, dass sich die ArbeiterInnen selbst organisierten um ihre Rechte durchzusetzen. Arbeiterversammlungen wurden bespitzelt und verboten, die Gründung



**Heizhaus Knittelfeld 1899,
die Karte stammt aus dem Archiv von Dietmar Rauter**

von Arbeitervereinen erschwert. Um die Agitation für 1. Mai-Feiern zu verhindern, wurde sogar eine Armee-Kompanie nach Zeltweg geholt.

Trotz vieler Zwangsmaßnahmen gelang es nicht die ArbeiterInnenbewegung auszuschalten. Es kam immer wieder zu Streiks und Arbeiteraufständen, die ArbeiterInnen konnten dabei auch Erfolge erringen. *

Auch die Geschichte Knittelfeld zeigt, dass alle sozialen Errungenschaften von den arbeitenden Menschen schwer erkämpft werden mussten. Heute erleben wir in allen Bereichen wieder gewaltige Rückschritte. Das wird so weitergehen, bis sich wieder Menschen zusammenfinden, um dagegen anzukämpfen.

Vom 19. bis 21. Oktober finden im Knittelfelder Eisenbahnmuseum und an anderen Orten zahlreiche Veranstaltungen statt.

Informationen: Dietmar Rauter,
Tel.: 0676/54 40 795, E-Mail:
office@eisenbahnmuseum-knittelfeld.at
oder zugoma@gmx.at oder auf der Homepage der Stadtgemeinde Knittelfeld.

* Die zwischen diesen Zeichen erwähnten Fakten stammen aus einem Vortrag, den Gerhard Ebner anlässlich des Jubiläums „125 Jahre Kronprinz Rudolf Bahn“ gehalten hat.

Steiermärkische
SPARKASSE 
In jeder Beziehung zählen die Menschen.

19. Oktober: Veranstaltungen zum „Equal Pay Day“

Frauen verdienen - trotz gleicher Arbeit - sehr oft deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen. Das ist ein großes Unrecht. Um auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen, findet jedes Jahr der „Equal Pay Day“, der „Tag der Einkommensgerechtigkeit“ statt.

Am „Equal Pay Day“ haben Männer bereits jenes Einkommen erreicht, für welches Frauen noch bis zum 31. Dezember arbeiten müssen. Der Equal Pay Day fällt jedes Jahr auf ein anderes Datum - je nachdem, ob sich die Einkommensschere schließt oder nicht. Heuer ist der österreichweite Equal Pay Day am 20. Oktober.

Die durchschnittlichen Jahresgehälter 2018:

Gehalt Männer: 51.035 Euro, brutto

Gehalt Frauen: 40.864 Euro, brutto

Gehaltsunterschied: 19,9 Prozent!



KPÖ-StR. Renate Pacher: „Als Frauenreferentin der Stadt Knittelfeld freue ich mich darüber, dass die Gemeinde Veranstaltungen zum Equal Pay Day durchführt“.

Freitag, 19. Oktober:

9.30 bis 11.30 Uhr:

„Fairer Kaffee für faire Bezahlung“

Kaffee und Kuchen
Am Kapuzinerplatz

19.00 Uhr:

**Gratis-Filmvorführung
„We Want Sex“**

Ein Film über den Kampf der Ford-Arbeiterinnen für gleiche Bezahlung

Im Saal der Stadtbibliothek

Veranstaltungen der Gemeinde Knittelfeld, durchgeführt vom Referat „Kinder, Jugend und Familie“

100 Jahre KPÖ



Im November 1918 wurde die KPÖ gegründet. Seit 100 Jahren stehen wir an der Seite der arbeitenden Menschen im Kampf gegen Ausbeutung, Faschismus und für eine gerechte Gesellschaft.

Wir feiern unseren 100. Geburtstag mit einem großen Fest in Graz. Wir fahren mit einem Bus nach Graz. Wer mit uns mitfeiern will ist herzlich willkommen!

Anmeldungen und Informationen:

KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10,

Tel.: 03512/82240, E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at

Für Frieden und Neutralität! Festveranstaltung der KPÖ zum 26. Oktober

Die Festrede hält der Autor und Verleger Hannes Hofbauer danach:

Alle haben einen OPA. - so einen nur wenige... Eine junge Zeithistorikerin recherchierte für ein Schulprojekt über den obersteirischen Arbeiter und Partisanen Sepp Filz. Daraus entstand das Musiktheater:

OPA, REBELL
Musiktheater um den Partisanen Sepp Filz

Text Winfried Hofer, Aufführung: Nena Kiesler und „Geschichten im Ernst“

14:00 Uhr, Kunsthaus Mürzzuschlag

Wir fahren mit einem Bus nach Mürzzuschlag und laden zu unserer Festveranstaltung herzlich ein.

Anmeldungen und Informationen:

KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10,

Tel.: 03512/82240, E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at